

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: Konjunktur im Banne von Verteilungskämpfen

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy (IfW)

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1992) : Bundesrepublik Deutschland: Konjunktur im Banne von Verteilungskämpfen, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 2, pp. 134-152

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/1529>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesrepublik Deutschland: Konjunktur im Banne von Verteilungskämpfen

Von Alfred Boss, Malte Fischer, Enno Langfeldt, Eckhard Nitschke,
Klaus-Werner Schatz und Peter Trapp

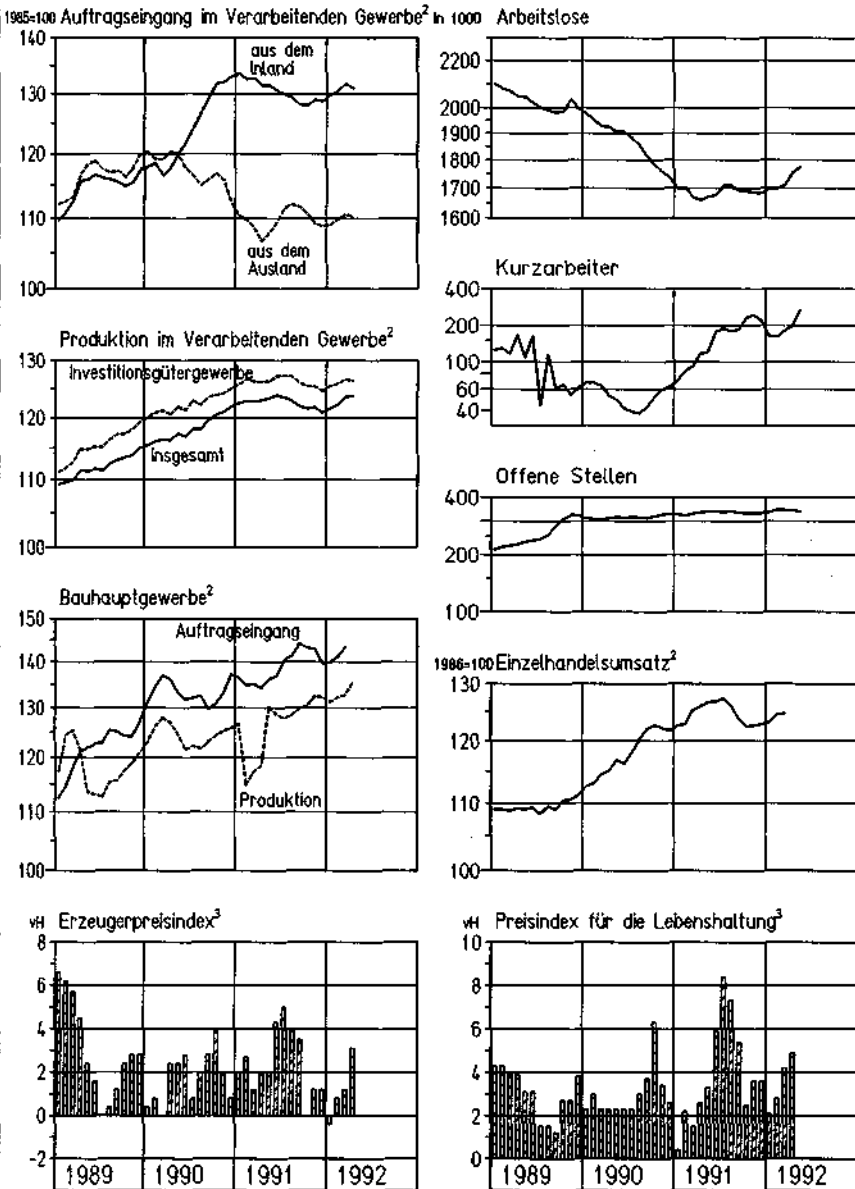
Die westdeutsche Wirtschaft befand sich in der ersten Jahreshälfte 1992 weiterhin in einer konjunkturellen Schwächephase. Zwar stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal mit einer laufenden Jahresrate von rund 6 vH spürbar; dies ist aber vor allem auf Sonderfaktoren zurückzuführen. So wurde die Bautätigkeit von der außergewöhnlich milden Witterung begünstigt. In der Industrie wurde die Produktion nachgeholt, die wegen zusätzlicher Betriebsferien im Dezember 1991 unterblieben war; auch haben die Unternehmen wegen befürchteter Arbeitskämpfe auf Lager produziert. Im zweiten Quartal ist die gesamtwirtschaftliche Produktion vermutlich gegenüber dem ersten Quartal deutlich gesunken. Nicht nur der Wegfall der Sonderfaktoren wirkte bremsend, auch der elftägige Streik im öffentlichen Dienst hatte Einbußen zur Folge.

Die konjunkturelle Schwäche hat sich auch auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Nachdem die Zahl der Arbeitslosen schon im zurückliegenden Jahr nicht mehr abgenommen hatte, ist sie im Frühjahr 1992 deutlich gestiegen, und die Zahl der Beschäftigten nimmt nun kaum noch zu (Schaubild 1). Der Preisauftrieb in laufender Rechnung hat sich zuletzt etwas beruhigt. Der Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr, der im März 1992 mit 4,8 vH einen Höhepunkt erreicht hatte, ist ebenfalls leicht zurückgegangen; er verminderte sich bis Mai auf 4,6 vH. In der Industrie ist es den Unternehmen nur zum Teil gelungen, ihre gestiegenen Kosten in die Preise zu überwälzen; die Zunahme der industriellen Erzeugerpreise gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat betrug im April 1,9 vH.

In den neuen Bundesländern ist der für das Jahr 1992 allgemein erwartete Aufschwung noch nicht zu erkennen. Die bislang nur für den Jahresbeginn vorliegenden Werte für Produktion und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe unterschritten sowohl das im zweiten Halbjahr 1991 als auch das im entsprechenden Vorjahresquartal verzeichnete Niveau (Schaubild 2). Dagegen expandierte die Aktivität im Bauhauptgewerbe sowie im Handel und im Dienstleistungssektor. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im ersten Quartal 1992 den Vorjahresstand nochmals leicht unterschritten haben.

Die Entwicklung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt verlief auf den ersten Blick vergleichsweise günstig. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich nach dem sprunghaften Anstieg zu Jahresbeginn bis zum Mai deutlich verringert, und die Zahl der Kurzarbeiter ging ebenfalls zurück. Dies ist aber außer auf saisonale Faktoren vor allem auf die Ausweitung der staatlichen Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen: Die Zahl der Arbeitnehmer, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt sind, an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen

Indikatoren¹ zur Konjunkturlage in Westdeutschland



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesanstalt für Arbeit.

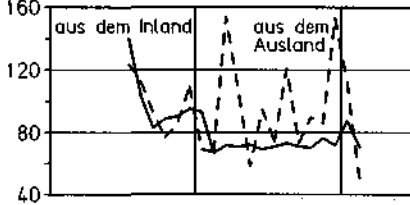
¹Saisonbereinigt. - ²Real, gleitender Dreimonatsdurchschnitt. - ³Veränderung gegenüber dem Vormonat, Jahresrate, gleitender Dreimonatsdurchschnitt.



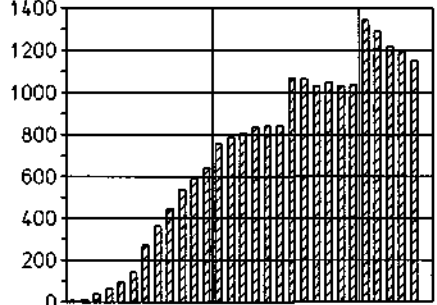
Indikatoren¹ zur wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland

2. Halbj.
1990-100

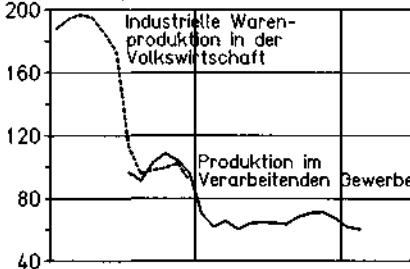
Auftragsingang im Verarbeitenden Gewerbe



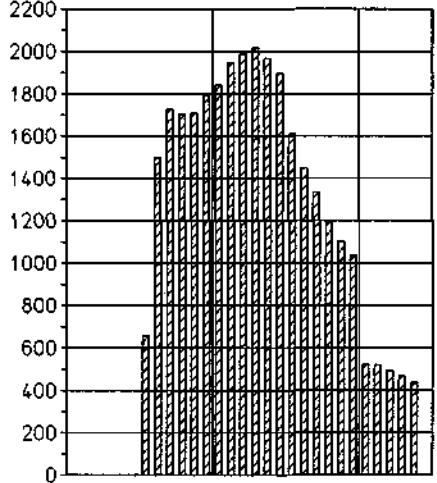
In 1000 Arbeitslose



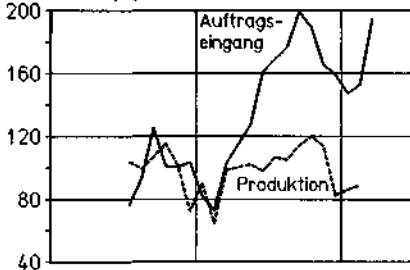
Industrieproduktion



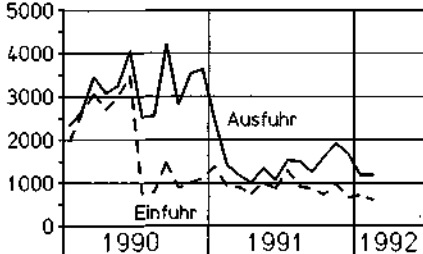
Kurzarbeiter



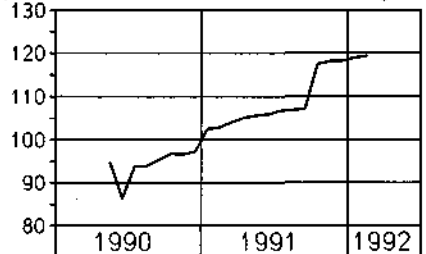
Bauhauptgewerbe



MILDM Außenhandel²



2.Hj. 90 / 1.Hj. 91=100 Preisindex für die Lebenshaltung



Nach Angaben des Gemeinsamen Statistischen Amtes, des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesanstalt für Arbeit.

¹Nicht saisonbereinigt. - ²Ohne innerdeutschen Handel.



oder Altersübergangs- und Vorruhestandsgeld beziehen, stieg von rund einer Million Mitte 1991 auf 1,7 Millionen im Mai 1992.

Das Verbraucherpreisniveau in den neuen Bundesländern überschritt den Vorjahresstand im April um rund 14 vH. Der hohe Anstieg ist maßgeblich auf die in der zweiten Hälfte des Jahres 1991 erfolgte Verringerung von Subventionen bei Verkehrstarifen und Energiepreisen sowie auf die Anhebung der Mieten zurückzuführen. Für viele Haushalte ist der Kaufkraftverlust allerdings deutlich geringer, als es in dem hohen Anstieg des Preisindex zum Ausdruck kommt, denn im Zusammenhang mit den Mieterhöhungen wurde gleichzeitig das Wohngeld aufgestockt.

Verteilungskonflikte: Konjunkturbremse im Westen – Behinderung des Aufbaus im Osten

Knapp zwei Jahre nach Beginn der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer schwierigen Situation. In den neuen Bundesländern gibt es zwar Fortschritte bei der Umstellung der Wirtschaft, insgesamt gesehen fehlt aber der Schwung für einen kräftigen wirtschaftlichen Aufholprozeß. Zwar werden umfangreiche Transfers von den alten für die neuen Bundesländer geleistet, aber sie werden nur zum kleineren Teil für den Ausbau der Infrastruktur, den Aufbau der Verwaltungen oder die Förderung privaten Investierens und damit für die Kräftigung der Angebotsseite und die Stimulierung des wirtschaftlichen Wachstums verwandt. Der größere Teil fließt den Haushalten direkt als Einkommensübertragungen zu, dient der Subventionierung von wettbewerbsunfähigen Betrieben und erlaubt es ihnen, Löhne zu zahlen, die im Markt nicht verdient werden können, oder wird für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen eingesetzt. Diese sozialpolitisch motivierten Transfers stützen die Kaufkraft der ostdeutschen Haushalte, sie hemmen jedoch den Umstrukturierungsprozeß der ostdeutschen Wirtschaft in vielfältiger Weise. Eine Zunahme der sozialpolitisch bedingten Transfers ist vorgezeichnet, teils weil sie gewollt ist, teils als Ergebnis des starken Anstiegs der Löhne und der Arbeitseinkommen. Die angestrebte Angleichung der Löhne an das Niveau in Westdeutschland verhindert, daß es nach dem Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft zu einem raschen Neuaufbau kommt, erhöht die Zunahme der Arbeitslosigkeit und hemmt das Schaffen neuer Arbeitsplätze. Es gibt in Ostdeutschland also einen Konflikt zwischen einem wachstumsorientierten Einsatz staatlicher Mittel und einem Einsatz für sozialpolitische Zwecke; in diesem Konflikt dominiert die sozialpolitische Ausrichtung bisher klar.

In den alten Bundesländern ist nach dem Ende des vereinigungsbedingten Nachfragebooms nunmehr eine Auseinandersetzung darüber entbrannt, wer die finanziellen Lasten der Vereinigung tragen soll. In der diesjährigen Lohnrunde haben die Gewerkschaften Lohnsteigerungen durchgesetzt, die deutlich über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen. Sie haben damit zwar erreicht, daß die beschäftigten Arbeitnehmer trotz höherer Steuern und Sozialabgaben und schwacher Konjunktur einen Reallohnzuwachs erhalten, gleichzeitig steigt jedoch der Druck zur Rationalisierung und Freisetzung von Arbeitskräften, und

die Beschäftigungschancen für die Arbeitslosen sind deutlich schlechter geworden. Lohnkostendruck und Nachfrageschwäche veranlassen überdies die Unternehmen, ihre Investitionen zu kürzen. Zwischen dem Staat und den Bürgern ist ebenfalls ein Verteilungskampf entbrannt. Bislang wurden die mit der Vereinigung entstandenen Ausgaben im wesentlichen durch zusätzliche Steuern und Abgaben sowie durch eine Ausweitung der Verschuldung finanziert. Eine Einschränkung des Anstiegs anderer Ausgaben oder sogar eine Kürzung hat nicht stattgefunden; wo sie geplant war, ist sie am vielfachen Widerstand der Betroffenen gescheitert. Auseinandersetzungen gibt es schließlich zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften. Der Bund, der bislang den größten Teil der aus der Vereinigung entstandenen Lasten trägt, drängt auf eine stärkere Beteiligung der Länder. Die anstehende Neuregelung des Länderfinanzausgleichs hat zu Konflikten zwischen neuen und alten Ländern geführt.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik genügt den an sie gestellten Anforderungen nicht. Sie verlängert die Konjunkturflaute in den alten Bundesländern, und sie behindert den Aufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern. Angesichts eines anhaltend starken Lohnkostendrucks sowie hoher Haushaltsdefizite sieht die Bundesbank Risiken für die Preisstabilität. Um zu verhindern, daß die Erhöhung von Löhnen, Steuern und Abgaben zu allgemeinen Preissteigerungen führt, hat die Notenbank angekündigt, ihren engen Kurs fortzusetzen. Dies dämpft nicht nur die Binnennachfrage, sondern behindert wegen der Leitwährungsfunktion der D-Mark im Europäischen Währungssystem (EWS) auch Zinssenkungen in den anderen westeuropäischen Ländern. Von seiten der Auslandsnachfrage ist in diesem Jahr allenfalls mit einer sehr moderaten Belebung zu rechnen [Bessin et al., 1992].

Ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik ist erforderlich, weil sich sonst durch die rasche Zunahme der staatlichen Verschuldung und die Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit die Wachstums- und Beschäftigungschancen auf mittlere Sicht verschlechtern. Die Schaffung von binnenmarktähnlichen Verhältnissen in einem Gebiet, das die EG- und die EFTA-Staaten umfaßt, wird den Wettbewerb der Standorte verschärfen. Hinzu kommt, daß die osteuropäischen Reformländer mit niedrigen Lohnkosten um Direktinvestitionen werben und mit ihren Exporten verstärkt in westliche Märkte drängen. Eine Reihe von westeuropäischen Ländern hat die Steuerbelastung für Unternehmen gesenkt, staatliche Unternehmen privatisiert sowie Regulierungen aufgehoben – auch auf dem Arbeitsmarkt –, um ihre Attraktivität im Wettbewerb der Produktionsstandorte zu erhöhen. Demgegenüber hat sich die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland nach der Vereinigung erhöht, weitere Anhebungen sind wahrscheinlich. Um dies zu vermeiden und zudem die Budgetdefizite zu reduzieren, sind deutliche Ausgabenkürzungen erforderlich. Die Privatisierung der Unternehmen in Ostdeutschland ist zwar zügig vorangekommen, nunmehr droht jedoch der Privatisierungs- bzw. Stilllegungsprozeß der Treuhandanstalt durch verstärkte politische Einflußnahme ins Stocken zu geraten.

Die Tarifparteien müssen erkennen, daß sich mit der deutschen Vereinigung und den wirtschaftlichen Reformen in Osteuropa die Knappheitsverhältnisse bei den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital grundlegend verschoben haben.

Der Neuaufbau in den neuen Bundesländern und in Osteuropa hat zur Folge, daß Kapital knapper geworden ist; dagegen hat sich in Deutschland das Angebot an Arbeitskräften stärker als die Nachfrage erhöht, und die Öffnung der osteuropäischen Volkswirtschaften bedeutet ein zusätzliches Angebot, auf das die Unternehmen zurückgreifen können. Sollen genügend Arbeitsplätze für die inländischen Arbeitskräfte geschaffen werden, dann bedarf es einer Lohnzurückhaltung sowohl in den alten wie auch in den neuen Bundesländern. Wie die Erfahrung in den letzten Jahren in Westdeutschland gezeigt hat, können in kurzer Zeit viele neue Arbeitsplätze entstehen, wenn Lohnzurückhaltung geübt wird.

Finanzpolitik: Auf wachstumshemmendem Kurs

Entgegen früheren Ankündigungen sollen die Ausgaben des Bundes 1992 nicht um 3 vH, sondern um 6 vH auf 426 Mrd. DM zunehmen. Erst ab 1993 will die Bundesregierung – wohl auch angesichts der hohen Schulden der Sonderhaushalte, die in den nächsten Jahren anteilig vom Bund übernommen werden müssen – den Anstieg der Ausgaben auf Jahresdurchschnittlich 2,5 vH begrenzen. Konkrete Einsparmaßnahmen sind bisher aber nicht beschlossen worden; es ist insbesondere nicht geregelt, wie die Bundesanstalt für Arbeit Mittel einsparen soll, um ab 1993 ohne Bundeszuschuß auskommen zu können. Vermutlich wird es – wegen zusätzlicher Transfers in die neuen Bundesländer, wegen erhöhter Zuweisungen an die EG und wegen zusätzlicher Finanzhilfen für die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas – nicht gelingen, den Anstieg der Ausgaben wie geplant zu verringern.

Die Länder und die Gemeinden im Westen werden ihre Ausgaben 1992 zwar verlangsamt ausweiten (1991: 7,5 vH), aber infolge der kräftigen Lohnanhebungen im öffentlichen Dienst werden die Ausgaben nicht schwächer als das Bruttosozialprodukt zunehmen. Die Länder und die Gemeinden in den neuen Bundesländern werden ihre Ausgaben sogar stark beschleunigt erhöhen. So werden die Personalausgaben wegen der deutlichen Lohnerhöhung (um rund 25 vH) kräftig steigen, auch die Investitionsausgaben werden mit der Überwindung von Planungs- und Genehmigungsengpässen beträchtlich zunehmen.

Noch stärker als bei den Gebietskörperschaften werden 1992 die Ausgaben bei der Sozialversicherung steigen. Die Ausgaben im Gesundheitswesen expandieren ungebremst. Die Altersrenten in den neuen Bundesländern sind kräftig erhöht worden. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung werden – auch konjunkturbedingt – deutlich zunehmen.

Die gesamten Ausgaben des Staates (einschließlich der Treuhandanstalt) werden 1992 um 10 vH steigen. 1993 wird es wohl zu erheblichen Sparmaßnahmen im gesamten öffentlichen Bereich kommen; der Ausgabenanstieg dürfte sich dann auf etwa 5 vH abschwächen. Die Ausgabenquote wird 1992 und 1993 mit 52 vH rund 7 Prozentpunkte höher sein als 1989, dem Jahr vor der deutschen Vereinigung (Tabelle 1).

Die Belastung der Einkommen durch Steuern und Sozialabgaben wird 1992 und 1993 zunehmen. Zwar wird der Solidaritätszuschlag zur Lohn-, Einkom-

Tabelle 1 – Ausgaben des Staates¹, Steuern, Sozialabgaben und Budgetsaldo 1980–1993 in vH des Bruttosozialprodukts

Jahr	Ausgaben		Steuern	Sozialabgaben	Sonstige Einnahmen	Budgetsaldo
	insgesamt	darunter: Zinsen auf öffentliche Schulden				
	Früheres Bundesgebiet					
1980	48,9	1,9	25,8	16,8	3,4	-2,9
1981	49,7	2,3	25,1	17,4	3,6	-3,7
1982	50,0	2,8	24,8	17,9	4,0	-3,3
1983	48,7	3,0	24,8	17,3	4,1	-2,5
1984	48,1	3,0	24,9	17,3	4,0	-1,9
1985	47,7	3,0	25,1	17,4	4,1	-1,1
1986	47,1	3,0	24,4	17,4	4,0	-1,3
1987	47,4	2,9	24,5	17,5	3,5	-1,9
1988	47,0	2,8	24,3	17,4	3,2	-2,1
1989	45,3	2,7	24,9	17,1	3,5	0,2
1990	46,0	2,6	23,7	16,9	3,5	-1,9
1991	48,9	2,9	25,1	17,1	3,5	-3,1
	Bundesgebiet einschließlich der neuen Bundesländer					
1991	50,3	3,1	24,6	18,1	3,4	-4,1
1992	51,9	3,8	25,3	18,3	3,6	-4,8
1993	51,8	3,7	25,3	18,4	3,5	-4,5

¹ Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt [1992a]; eigene Berechnungen (für das erweiterte Bundesgebiet).

men- und Körperschaftsteuer ab dem 1. Juli 1992 entfallen, aber die Mehrwertsteuer wird zum Jahresbeginn 1993 heraufgesetzt. Die geplante Neuregelung der Zinsbesteuerung wird letztlich wohl zu einer höheren effektiven Belastung der Kapitaleinkommen führen. Hinzu kommt, daß die Sozialabgabenbelastung angehoben wird. Der Beitragssatz zur Krankenversicherung dürfte 1993 – trotz einiger Einsparmaßnahmen – 13 vH erreichen und damit um 3/4 Prozentpunkte höher sein als 1991. Auch in der Rentenversicherung wird der Beitragssatz 1993 vermutlich etwas erhöht (1992: 17,7 vH). Schließlich dürfte der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung (1992: 6,3 vH) nennenswert angehoben werden; denn die Kürzung der Bundeszuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit wird wohl nicht dazu führen, daß deren Ausgaben entsprechend (vor allem im Rahmen der sogenannten Arbeitsmarktpolitik) eingeschränkt werden.

Das Budgetdefizit des Staates (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, einschließlich Treuhandanstalt) dürfte 1992: 140 Mrd. DM betragen und 1993 nur wenig abnehmen.

Der kräftige Ausgabenanstieg beruht zu einem großen Teil darauf, daß die Sozialleistungen deutlich ausgeweitet werden. Zusammen mit der zunehmenden Abgabenbelastung wird dies die Leistungsanreize schwächen und dazu beitragen, daß das Produktionspotential schwächer als in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wachsen wird. Dies bedeutet letztlich, daß die Realeinkommen im Westen und im Osten verlangsamt zunehmen werden. Das Wachstum des Produktionspotentials würde noch stärker beeinträchtigt, wenn neue Abgaben eingeführt würden, sei es in Form einer Lastenausgleichsabgabe, einer Zwangsanleihe oder einer verschärften Besteuerung der Kapitaleinkommen.

Vor einer zögerlichen Lockerung der Geldpolitik

Angesichts hoher Preissteigerungsraten sowie verschärfter Verteilungskämpfe hat die Bundesbank ihren engen geldpolitischen Kurs im Verlauf des ersten Halbjahrs 1992 fortgesetzt. Nach der Erhöhung der Leitzinsen im Dezember 1991 lagen die Geldmarktzinsen um rund 1,5 Prozentpunkte über dem Zinsniveau am Kapitalmarkt, das die längerfristige Einschätzung der Inflation von seiten der Anleger widerspiegelt. Eine inverse Zinsstruktur war in der Vergangenheit stets ein verlässlicher Indikator für eine restriktive Geldpolitik.

Allerdings ist die Ausweitung der Geldmenge M3 gegenwärtig recht kräftig, und nicht wenige schließen daraus auf einen expansiven geldpolitischen Kurs. Wir halten dies für nicht berechtigt. Die hohen Geldmarktzinsen haben die Anleger dazu veranlaßt, verstärkt kurzfristige Termineinlagen zu bilden – zu Lasten sowohl unverzinslicher Kassenbestände als auch längerfristiger Anlageformen. In der Folge hat sich die Expansion der Geldmenge M3 (gegenüber dem vierten Quartal 1991) auf eine laufende Jahresrate von rund 9 vH beschleunigt. Sie liegt damit deutlich oberhalb des für den Verlauf von 1992 angestrebten Zielkorridors von 3,5 bis 5,5 vH.¹

Ein solches Überschießen der Geldmenge M3 ist bei einer ausgeprägt inversen Zinsstruktur nicht ungewöhnlich, da die Anleger ihr Vermögen verstärkt in risikolosen, hoch verzinslichen Termineinlagen anlegen. Ähnlich haben sie sich auch in der Phase der geldpolitischen Restriktion Anfang der achtziger Jahre verhalten. Die derzeit starke Expansion der Geldmenge M3 ist somit vor allem das Ergebnis von zinspolitisch induzierten Portfolioumschichtungen.² Sie bedeutet nicht, daß von den hohen Zinsen keine dämpfenden Wirkungen auf die Geldmengen-, Nachfrage- und Preisentwicklung ausgehen. So nimmt die Geldmenge M1, die nur unverzinsliche Kassenbestände enthält und deren Entwicklung erfahrungsgemäß ein zuverlässiger Indikator für die Konjunktur ist, in vergleichsweise moderatem Tempo zu. Auch haben die hohen Zinsen maßgeblich zur derzeitigen Schwäche der Binnennachfrage beigetragen.

¹ Zur Beurteilung des Geldmengenziels vgl. Lehment [1992].

² Es würde die Effektivität der monetären Steuerung erhöhen, wenn die Bundesbank das Geldmengenziel für die Geldbasis festlegen würde, die sie unmittelbar steuern kann. Vgl. Langfeldt et al. [1989].

Die Bundesbank sieht gegenwärtig keinen Spielraum für Zinssenkungen. Sie befürchtet, Zinssenkungen würden angesichts der Verteilungskonflikte den Eindruck erwecken, sie wolle überhöhte Tarifabschlüsse und Budgetdefizite monetär alimentieren. In der Folge würde die D-Mark unter Druck geraten, und die Inflationserwartungen würden sich nicht zurückbilden.

Wir haben unterstellt, daß die Bundesbank erst im Herbst dieses Jahres beginnt, die Geldmarktzinsen allmählich zu senken. Zu diesem Zeitpunkt wird erkennbar sein, daß sich der Preisauftrieb im Inland infolge der Konjunkturschwäche abgeflacht hat; auch dürfte sich dann der laufende Zuwachs der Geldmenge M3 etwas zurückgebildet haben. Zudem wird sich die steigende Arbeitslosigkeit wohl mäßigend auf die künftigen Lohnforderungen auswirken, und erste Schritte zur Haushaltskonsolidierung dürften eingeleitet worden sein. Angesichts der bestehenden Wirkungsverzögerungen werden von der geldpolitischen Lockerung jedoch erst im späten Verlauf von 1993 anregende Wirkungen auf die Binnenkonjunktur ausgehen.

Noch keine Wende in der Lohnpolitik

In den alten Bundesländern ist mit den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst, in der Metallindustrie und in der Bauwirtschaft die Lohnrunde 1992 weitgehend abgeschlossen. Dabei ist es nicht zu der erhofften Wende in der Tarifpolitik gekommen. Die tariflichen Stundenlöhne werden im Durchschnitt um 5,5 bis 6 vH angehoben. Damit bleiben die Lohnsteigerungen zwar hinter jenen des Vorjahres (knapp 7 vH) zurück, aber sie sind erneut deutlich höher als es gesamtwirtschaftlich angemessen wäre. Angesichts der schwachen Konjunktur sowie des intensiven Wettbewerbs werden die Unternehmen nicht in der Lage sein, die Kostensteigerungen voll in den Preisen weiterzugeben; die Gewinne werden daher unter Druck bleiben, und die Rationalisierungsbemühungen werden sich verstärken.

Auch im kommenden Jahr werden die Arbeitskosten deutlich steigen. So wurde in der Metallindustrie zwar vereinbart, die Barlöhne ab 1. April 1993 bis zum Ende des Jahres nur um 3 vH zu erhöhen, gleichzeitig wird jedoch die Arbeitszeit um eine Stunde von 37 auf 36 Stunden verkürzt. Rein rechnerisch ergibt sich aus der Arbeitszeitverkürzung ein Anstieg der Arbeitskosten je Stunde um 2,8 Prozent. Zusätzlich wird das Urlaubsgeld angehoben. Alles zusammengenommen fällt die Zunahme der tariflichen Stundenlöhne in der Metallindustrie im kommenden Jahr ähnlich hoch aus wie in diesem. Zwar ist nicht auszuschließen, daß in der Lohnrunde 1993 angesichts deutlich höherer Arbeitslosigkeit, geringeren Preissteigerungsraten und vergleichsweise moderater Barloohnerhöhungen in der Metallindustrie die anderen Branchen etwas niedrigere Abschlüsse vereinbaren. Da jedoch die Beiträge zur Krankenversicherung und vermutlich die zur Arbeitslosenversicherung im Jahr 1993 angehoben werden, dürften die Arbeitskosten insgesamt je Stunde 1993 kaum weniger als in diesem Jahr steigen. Es ist zu befürchten, daß viele Unternehmen auf die anhaltend rasche Verteuerung des Faktors Arbeit in Deutschland mit einem Abbau von Arbeitsplätzen reagieren werden.

Die Tarifloohnerhöhungen sind eine Belastung für den Arbeitsmarkt nicht nur in den alten Bundesländern, sondern in noch stärkerem Maße in den neuen Bundesländern. Dort ist nämlich in vielen Branchen vereinbart worden, die Tariflöhne stufenweise bis Mitte der neunziger Jahre an das westdeutsche Niveau heranzuführen. Entsprechend werden die Löhne in Ostdeutschland nach einer Zunahme um rund 60 vH im Jahr 1991 in diesem Jahr um etwa 30 vH erhöht, und auch im kommenden Jahr wird der Lohnanstieg mit knapp einem Fünftel nicht viel niedriger ausfallen. Bei den kräftigen Lohnsteigerungen können die Unternehmen in den neuen Bundesländern nur überleben, wenn es ihnen gelingt, die Produktivität spürbar zu erhöhen. Bei der gegebenen Ausgangslage wird dies vielen Unternehmen nicht möglich sein, und wo es gelingt, nur durch starken Personalabbau. Darüber hinaus wird der drastische Anstieg der Lohnkosten potentielle Investoren abschrecken. Wenn überhaupt investiert wird, dann nur unter Zuhilfenahme arbeitssparender Technologien, um die Beschäftigung möglichst gering zu halten.

Eine Sanierung der Altunternehmen in Ostdeutschland aus eigener Kraft ist kaum möglich, und auf Seiten westlicher Investoren wird das Interesse an einer Übernahme ostdeutscher Firmen geringer werden, zumal bei Privatisierungen vom Erwerber meist eine Beschäftigungsgarantie abgegeben werden muß. Zudem wird das Entstehen kleiner und mittlerer Unternehmen behindert, denen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine besondere Bedeutung zukommt. Bei diesen Unternehmen gibt es beträchtliche Absatz- und Ertragsrisiken, hohe Lohnsteigerungen schrecken potentielle Neugründer ab. All dies dämpft die Nachfrage nach Arbeitskräften und führt somit tendenziell zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Aufgabe einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik wäre es, niedrigere allgemeine Lohnsteigerungen zu vereinbaren. So besteht durchaus die Möglichkeit, die tarifvertraglich vereinbarte Anpassung der ostdeutschen Löhne zeitlich zu strecken. Niedrigere allgemeine Lohnsteigerungen würden es erlauben, die Löhne stärker an der wirtschaftlichen Lage einzelner Unternehmen, Regionen oder Branchen und an der Knappheit der Arbeitskräfte zu orientieren. Niedrigere allgemeine Löhne bedeuten natürlich nicht, daß im einzelnen von den Unternehmen nicht beträchtlich höhere Löhne bezahlt werden, insbesondere für Arbeitskräfte, die besonders knapp sind. Eine stärkere marktmäßige Differenzierung der Löhne würde nicht nur die Beschäftigungschancen der Arbeitslosen verbessern, sie gibt zudem Anreize für eine bessere Qualifizierung und für eine größere regionale Mobilität der Arbeitskräfte. Beides erleichtert den Aufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern und schafft die Voraussetzungen dafür, daß in der Zukunft höhere Löhne am Markt erwirtschaftet werden. Zu einer größeren Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt würde auch eine Lockerung bestehender arbeitsrechtlicher Regulierungen beitragen. Die Deregulierungskommission [1991] hat hierzu eine Fülle von detaillierten Vorschlägen erarbeitet. So wird z. B. vorgeschlagen, Öffnungsklauseln in Tarifverträgen einzuführen, damit bei Existenzgefährdung des Unternehmens durch Betriebsvereinbarung das Lohnniveau herabgesetzt werden kann, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Westdeutschland: Konjunkturschwäche setzt sich 1993 fort

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sprechen für ein Fortdauern der Konjunkturschwäche bis weit in das kommende Jahr hinein. Die Geldpolitik bleibt vermutlich noch geraume Zeit eng, mit vorsichtigen Zinssenkungen ist erst im Herbst dieses Jahres zu rechnen. Durch den Wegfall des Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer kommt es nur vorübergehend zu einer Entlastung von Haushalten und Unternehmen. Im Jahr 1993 gehen von der Anhebung der Mehrwertsteuer und von Sozialbeiträgen wieder dämpfende Wirkungen auf die Nachfrage aus. Die Weltkonjunktur kommt in diesem Jahr nur zögerlich in Schwung. Insbesondere in Westeuropa, dem wichtigsten deutschen Exportmarkt, wird die konjunkturelle Erholung wegen der engen Bindung der Geldpolitik an jene in Deutschland jedoch erst 1993 einsetzen und insgesamt mäßig sein. Von der Lohnpolitik ist auch im nächsten Jahr eine weitere Belastung für die Unternehmen zu erwarten. Der Lohnkostendruck wird im Verlauf des Jahres 1993 allein durch die Produktivitätssteigerungen infolge verstärkter Rationalisierungsbemühungen sowie einer leichten Nachfragebelebung etwas abgemildert.

Auch die laufenden Konjunkturindikatoren lassen nicht erkennen, daß in den alten Bundesländern der konjunkturelle Wendepunkt bereits erreicht ist oder unmittelbar bevorsteht. Die Kapazitätsauslastung ist in der Einschätzung der Unternehmen trotz des deutlichen Produktionsanstiegs im ersten Quartal 1992 weiter gesunken. Das Geschäftsklima hat sich bis zuletzt verschlechtert. Die starke Eintrübung im April dürfte die Skepsis freilich überzeichnen; sie spiegelt vermutlich die Angst vor unmittelbar bevorstehenden Streiks wider. Das Konsumklima verharrt auf sehr niedrigem Niveau. Die Auftragseingänge sind nach einer vorübergehenden Belebung zu Jahresbeginn wieder gesunken.

Alles in allem wird die wirtschaftliche Aktivität in der konjunkturellen Grundtendenz bis zur Mitte des kommenden Jahres wohl nur wenig zunehmen. Der prognostizierte leichte Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um rund 1 vH für das Jahr 1992 beruht vor allem auf Sonderfaktoren (Tabelle 2). Im Vergleich zum Vorjahr gibt es 1,4 vH mehr Arbeitstage. Außerdem wird die Konjunktur im zweiten Halbjahr vorübergehend durch steuerliche Maßnahmen angeregt. Im zweiten Halbjahr 1993 wird die Konjunktur wohl wieder an Fahrt gewinnen; im Durchschnitt des kommenden Jahres dürfte der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts mit rund 1,5 vH jedoch nur wenig höher als in diesem Jahr sein.

Die Verbrauchsausgaben werden in der Grundtendenz trotz deutlicher Lohnsteigerungen bis zum Ende des Prognosezeitraums nur sehr mäßig expandieren. Dies liegt vor allem daran, daß die Zahl der Beschäftigten nicht mehr steigt. Zudem erhöht sich 1993 die Steuer- und Sozialabgabenbelastung infolge der Steuerprogression sowie der zu erwartenden Anhebung der Beitragsätze der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Entlastend wirkt dagegen die leichte Abflachung des Preisauftriebs.

Die Unternehmensinvestitionen dürften in der Tendenz bis Mitte des kommenden Jahres rückläufig sein. Nachfrageschwäche und sinkende Gewinne wer-

Tabelle 2 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland 1989–1993

	1991	1989	1990	1991	1992 ¹	1993 ¹
Verwendung des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH				
Privater Verbrauch	1379,1	4,8	7,4	6,1	5,0	5,0
Staatsverbrauch	469,4	1,6	5,8	5,9	6,0	4,5
Anlageinvestitionen	569,7	10,1	12,9	11,8	5,5	4,5
Ausrüstungsinvestitionen	263,8	12,3	14,5	12,5	1,5	2,5
Bauinvestitionen	306,0	8,4	11,5	11,3	8,5	6,0
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	9,1	(20,71)	(8,13)	(9,06)	(17,0)	(18,0)
Ausfuhr	1009,1	14,5	11,9	14,4	5,5	9,0
Einfuhr	821,1	13,6	11,4	14,7	6,5	9,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	187,9	(144,74)	(165,55)	(187,94)	(192,0)	(210,0)
Bruttosozialprodukt	2615,2	6,5	-8,0	7,8	5,0	5,0
Inländische Verwendung	2427,3	5,7	7,6	7,4	5,5	4,5
Verwendung des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1985						
Privater Verbrauch	1241,0	1,7	4,7	2,5	1,0	1,5
Staatsverbrauch	393,5	-1,7	2,1	0,8	1,5	1,0
Anlageinvestitionen	489,2	7,0	8,8	6,7	0	0
Ausrüstungsinvestitionen	241,7	9,8	12,9	9,4	-2,0	-0,5
Bauinvestitionen	247,4	4,8	5,3	4,1	2,5	0,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	11,1	(21,89)	(11,74)	(11,06)	(15,0)	(16,0)
Ausfuhr	955,8	11,4	11,0	12,1	3,0	5,5
Einfuhr	884,6	8,4	11,6	12,6	4,5	5,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	71,1	(64,16)	(66,69)	(71,11)	(61,0)	(68,5)
Bruttosozialprodukt	2205,9	3,8	4,5	3,1	9,5	1,5
Inländische Verwendung	2134,8	2,6	4,5	3,0	1,0	1,0
Preisniveau des Bruttosozialprodukts	1985 = 100					
Privater Verbrauch	111,1	3,1	2,6	3,6	4,0	3,5
Ausrüstungsinvestitionen	109,1	2,3	1,4	2,8	3,5	3,0
Bauinvestitionen	123,7	3,5	5,9	6,9	6,0	5,5
Ausfuhr	105,6	2,8	0,8	2,1	2,5	3,5
Einfuhr	92,8	4,8	-0,2	1,9	2,0	4,0
Bruttosozialprodukt	118,6	2,6	3,6	4,5	4,5	3,5
Inländische Verwendung	113,7	3,0	3,0	4,2	4,5	3,5
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1985	Mrd. DM					
Arbeitsvolumen	.	0,8	2,1	1,9	0	-0,5
Produktivität	.	2,4	2,6	1,5	1,0	2,0
Bruttoinlandsprodukt	2191,1	3,2	4,7	3,4	1,0	1,5
Einkommensverteilung						
Volkseinkommen	1996,2	6,0	7,9	6,7	4,5	4,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	578,9	9,9	8,8	3,8	2,0	3,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1417,4	4,5	7,5	7,9	5,5	4,5
in vH des Volkseinkommens	.	70,5	70,2	71,0	71,5	72,0
Lohnkosten je Produkteinheit ²	.	0,4	2,5	4,4	5,0	3,0
Arbeitslose (Mill.)	.	2,04	1,88	1,69	1,83	2,07
Erwerbstätige ³ (Mill.)	.	27,63	28,43	29,17	29,35	29,30

¹ Geschätzt. – ² Bruttoinlandsprodukt aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – ³ Inlandskonzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt [1992b]; eigene Schätzungen.

den die Neigung der Unternehmen, Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen, spürbar dämpfen, zumal derzeit die Rendite von Finanzanlagen als Alternative zu Sachanlagen durchaus attraktiv ist. Trotz eines Rückgangs wird die Investitionsquote, gemessen als Verhältnis der Unternehmensinvestitionen zum Bruttosozialprodukt, deutlich höher sein als im Durchschnitt der achtziger Jahre. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen ist angesichts der angespannten Haushaltslage sowie der Verlagerung von Bundesinvestitionen in die neuen Bundesländer ebenfalls ein Rückgang zu erwarten. Wenn trotzdem für die Bauinvestitionen insgesamt sowohl in diesem wie auch im kommenden Jahr mit einem Zuwachs gerechnet wird, so liegt dies an der anhaltenden – wenn auch verlangsamt – Ausweitung der Wohnungsbauinvestitionen. Zwar wirken hohe Zinsen und rasch steigende Baupreise sowie verschlechterte Einkommenserwartungen tendenziell dämpfend. Dem steht jedoch entgegen, daß Wohnraum derzeit knapp ist. Zudem wurde die staatliche Wohnungsbauförderung ausgeweitet.

Der westdeutsche Export in die Industrieländer wird 1992 wegen der zögerlichen Erholung der Weltkonjunktur nur einen geringen Zuwachs aufweisen, zumal sich auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter infolge der hohen Lohnsteigerungen in jüngster Zeit etwas verschlechtert hat. Für 1993 ist dagegen wegen der stärkeren Dynamik der Weltkonjunktur mit einer deutlichen Belebung der Ausfuhr zu rechnen. Bei den Lieferungen in die neuen Bundesländer – sie werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Exporte verbucht – ist nach dem vereinigungsbedingten Nachfrageschub in diesem und im nächsten Jahr nur eine verhaltene Zunahme zu erwarten. Dort wird fortan ein größerer Teil der Nachfrage aus heimischer Produktion gedeckt werden. Bei anhaltend schwacher Binnenkonjunktur wird die Einfuhr sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr nur einen vergleichsweise geringen Anstieg aufweisen. Die Tendenz zur Verringerung des gesamtdeutschen Leistungsbilanzdefizits wird sich im Prognosezeitraum fortsetzen.

Die Konjunkturschwäche in Westdeutschland wird zunehmend Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Hohe Lohnsteigerungen und der nur geringe Nachfrageanstieg werden mehr und mehr Unternehmen veranlassen, die Zahl der Beschäftigten nicht weiter zu erhöhen oder sogar zu verringern. Damit verschlechtern sich nicht nur die Beschäftigungschancen für westdeutsche Arbeitnehmer, sondern auch für die Pendler aus den neuen Bundesländern. Die Zahl der Pendler liegt gegenwärtig bei etwa 550 000; sie dürfte im weiteren Jahresverlauf kaum mehr steigen. Da das Angebot an Arbeitskräften nochmals – wenn auch erheblich abgeschwächt – zunimmt, wird sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr deutlich erhöhen. Der Anstieg der Zahl der Arbeitslosen wird dadurch etwas geringer ausfallen, daß die Unternehmen bei einer neuerlichen Verkürzung der Wochenarbeitszeit im Jahr 1993 nicht umhinkommen, einen Teil des Arbeitsausfalls durch Neueinstellungen zu ersetzen.

Die Preisentwicklung in diesem und im nächsten Jahr wird maßgeblich durch die Erhöhung von Verbrauchsteuern geprägt. Sie führt jeweils rechnerisch zu einem Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung um etwa 0,5 vH. 1992 wird die Preissteigerungsrate für den Jahresdurchschnitt bei knapp 4 vH liegen, 1993

dürfte sie etwa einen halben Prozentpunkt niedriger ausfallen. Die Beruhigung des Preisauftriebs resultiert teils aus der Konjunkturschwäche, die eine Überwälzung von Kostensteigerungen erschwert, teils aus Sonderentwicklungen bei den Nahrungsmittelpreisen. Diese dürften im kommenden Jahr leicht zurückgehen, denn beginnend ab Frühjahr 1993 werden die Stützpreise für Getreide, Rindfleisch, Butter und Milch gesenkt.

Ostdeutschland: Allmählicher Produktionsanstieg – aber noch keine Entlastung des Arbeitsmarktes

Der wirtschaftliche Aufholprozeß in den neuen Bundesländern gestaltet sich trotz des umfangreichen staatlichen Mitteleinsatzes zur Stützung von Nachfrage, Produktion, Einkommen und Beschäftigung sowie zur Förderung der Kapitalbildung weiterhin sehr schwierig. In vielen Bereichen sind zwar schon deutliche Fortschritte bei der Umstellung der Unternehmen sichtbar, aber in anderen Bereichen werden Produktion und Beschäftigung noch kräftig zurückgeführt. Einem breit angelegten Aufschwung stehen vor allem der Lohnkostendruck sowie die vielfältigen Hemmnisse für private Investoren im Wege.

Für den Neuaufbau der ostdeutschen Wirtschaft ist von entscheidender Bedeutung, daß Private wirtschaftliche Verantwortung übernehmen. In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, daß netto pro Monat noch rund 10 000 neue Gewerbe angezeigt werden. Zwar ist die Zahl der Anmeldungen in der Tendenz leicht rückläufig und die der Abmeldungen steigt. Dies ist nach dem Gründungsboom unmittelbar nach der Vereinigung jedoch als Normalisierung aufzufassen. Auch bei der Privatisierung bestehender Unternehmen sind inzwischen beträchtliche Fortschritte gemacht worden. In den Bereichen wie Einzelhandel, Gaststätten und Apotheken ist die Privatisierung weitgehend abgeschlossen. Im gewerblichen Bereich sind bis Ende April 1992: 7 100 Betriebe ganz oder mehrheitlich an private Eigentümer übergegangen. Nach Angaben der Treuhandanstalt wurden im Zuge der Privatisierungen Investitionen in einem Umfang von 134 Mrd. DM zugesagt und 1,12 Mill. Arbeitsplätze garantiert. Dabei blieb das Privatisierungstempo bis zuletzt hoch. In jüngster Zeit mehren sich allerdings die Stimmen, die das rasche Tempo kritisieren. Dabei wird insbesondere angeführt, daß eine langsamere Privatisierung, die mit einer Sanierung der öffentlichen Unternehmen einhergeht, nicht nur höhere Verkaufserlöse, sondern auch niedrige Zinsen erbringe, weil der große Finanzierungsbedarf für die Unternehmenskäufe den Kapitalmarkt belastet. Angesichts des vergleichsweise geringen Umfangs der Privatisierungserlöse – sie betragen bis Ende März 1992 brutto knapp 27 Mrd. DM – im Verhältnis zum Kapitalaufkommen auf dem deutschen und dem internationalen Markt ist das Zinssenkungsargument jedoch nicht überzeugend. Höhere Verkaufserlöse stellen ebenfalls keine ausreichende Begründung dar, stehen ihnen doch bei einer Sanierung durch die Treuhandanstalt auch höhere Aufwendungen entgegen. Es ist sogar zu vermuten, daß eine solche Strategie auf Dauer mit einer höheren Belastung der öffentlichen Haushalte verbunden ist. So verfügt die Treuhandanstalt zum einen wohl kaum über überlegenes Wissen, welche Produktions- und Investitionsent-

scheidungen getroffen werden müssen, um die Vielzahl der Unternehmen in ihrem Besitz wettbewerbsfähig zu machen. Zum anderen stehen bei staatlichen Sanierungsmaßnahmen häufig andere Kriterien im Vordergrund, insbesondere die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Die Treuhandanstalt ist aus diesen Gründen gut beraten, an der Privatisierung als bestem Weg zur Sanierung auch weiterhin festzuhalten.

Privatisierungen und Unternehmensneugründungen werden maßgeblich dazu beitragen, daß sich die gesamtwirtschaftliche Produktion in den neuen Bundesländern im zweiten Halbjahr 1992 und im kommenden Jahr spürbar belebt. Gegenwärtig befinden sich viele Unternehmen noch in einer Phase, in der neue Produktionsanlagen errichtet und bestehende umgerüstet und modernisiert werden. Zunehmend werden sie jedoch die Produktion aufnehmen. Somit ist auch für die Industrie eine allmähliche Besserung zu erwarten; im kommenden Jahr wird, gemessen an Umsatz und Produktion, die Bedeutung der privatisierten und neugegründeten Unternehmen höher sein als die der noch im Treuhandbesitz befindlichen. Bei den privatisierten Unternehmen sind gemäß Umfragen die Erwartungen bezüglich Absatz, Produktion und Investitionstätigkeit erheblich günstiger als bei den Unternehmen im Treuhandbesitz. Auch wird die Produktion im Dienstleistungsgewerbe, in der Bauwirtschaft und in den baunahen Bereichen deutlich aufwärtsgerichtet bleiben. Insgesamt wird in dieser Prognose für 1992 eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um reichlich 6 vH erwartet, im kommenden Jahr dürfte der Zuwachs bei rund 10 vH liegen (Tabelle 3). Der Anstieg des Bruttosozialprodukts wird in diesem Jahr wegen erhöhter Pendlereinkommen um etwa 3 Prozentpunkte über dem des Bruttoinlandsprodukts liegen, 1993 dürfte er ähnlich hoch sein wie der des Bruttoinlandsprodukts.

Infolge massiver staatlicher Fördermaßnahmen werden die Investitionen der Unternehmen und des Staates in diesem Jahr abermals sehr kräftig zunehmen. Insgesamt werden 1992 vermutlich rund 90 Mrd. DM in den neuen Bundesländern investiert werden. Davon entfällt etwa die Hälfte auf Investitionen von Unternehmen aus Westdeutschland; im Vergleich zum Vorjahr (Investitionssumme 26 Mrd. DM) bedeutet dies eine starke Zunahme des Investitionsengagements. Die Investitionstätigkeit ostdeutscher Unternehmen wird im Jahre 1992 mit etwa 20 Mrd. DM verhalten bleiben. Dafür sind Liquiditätsengpässe infolge anhaltender Verluste ebenso maßgebend wie die Tatsache, daß es vielen Unternehmen noch an erfolgversprechenden Konzepten mangelt. Die öffentlichen Investitionen werden in diesem Jahr rund 23 Mrd. DM betragen, im Jahr 1991 waren es 13 Mrd. DM. Hinzu kommen steigende Investitionen von seiten ausländischer Investoren. Im Gegensatz dazu werden die Wohnungsbauinvestitionen nur wenig zunehmen. Allenfalls bei den Investitionen für die Modernisierung und die Erneuerung des Wohnungsbestands ist mit einer Belebung zu rechnen, der Wohnungsneubau dürfte dagegen eher leicht rückläufig sein.

Der private Verbrauch wird sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr expandieren, wenn auch etwas weniger rasch als im Jahr 1991 (reichlich 5 vH). Angesichts hoher Zinsen sowie fortbestehender Arbeitsplatzrisiken werden die Haushalte einen größeren Teil ihres verfügbaren Einkommens sparen als 1991;

Tabelle 3 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1993

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik Deutschland	
	1992	1993	1992	1993	1992	1993
Bruttoinlandsprodukt ¹ . . .	1,0	1,5	6	10	1,5	2,0
Bruttosozialprodukt ¹	0,5	1,5	9	10	1,0	2,0
Erwerbstätige ² (1000) . . .	29350	29280	6340	6380	35690	35660
Beschäftigte Arbeitnehmer ² (1000)	26380	26310	5780	5770	32160	32080
Arbeitslose (1000)	1830	2070	1220	1200	3050	3270
Kurzarbeiter (1000)	280	250	410	320	690	570
Staat ³						
Einnahmen	9,0	6,0
Ausgaben	10,0	5,5
Finanzierungssaldo (Mrd. DM)	-145	-140
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	-20	-10

¹ In konstanten Preisen, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH. – ² Im Inland. –

³ Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin; eigene Schätzungen.

die Sparquote wird dann vermutlich nur noch wenig niedriger als in den alten Bundesländern sein.

Im Außenhandel wird der Anteil der Exporte in die ehemaligen Staatshandelsländer, er lag im vergangenen Jahr noch bei rund zwei Drittel, weiter zurückgehen. Aus dem Zusammenbruch der traditionellen Wirtschaftsbeziehungen, den schwerwiegenden Umstellungsproblemen in den osteuropäischen Reformländern und der Begrenzung der Hermes-Kreditbürgschaften ergibt sich vermutlich ein weiterer Rückgang der Lieferungen in diese Region. Dagegen werden sich die Lieferungen nach Westdeutschland und in die westlichen Industrieländer erhöhen. Insgesamt wird die Ausfuhr in der Abgrenzung den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr um rund ein Fünftel zunehmen; dazu trägt in diesem Jahr freilich auch die spürbare Ausweitung der Pendlereinkommen bei, die als Ausfuhr von Dienstleistungen verbucht werden. Die Einfuhr wird in beiden Jahren weniger stark steigen als 1991; zwar geht mit der erwarteten Produktionsbelebung eine Zunahme der Importe einher, dämpfend wirkt jedoch, daß Importe verstärkt durch heimische Produktion substituiert werden.

Trotz des für das zweite Halbjahr 1992 erwarteten Produktionsanstiegs wird die Zahl der Erwerbstätigen noch zurückgehen, wenn auch in deutlich verlangsamtem Tempo. Angesichts der hohen Lohnsteigerungen bleibt der Rationali-

sierungsdruck für die Unternehmen groß. Neue Unternehmen werden vor allem kapitalintensive Fertigungen errichten, es werden somit vergleichsweise wenig Arbeitsplätze geschaffen. Dabei dürfte die Lage in den Dienstleistungsbereichen etwas günstiger als in den meisten anderen Wirtschaftszweigen sein, weil hier häufig der Lohnanstieg nicht so hoch ist. Zudem ist dieser Bereich weniger der überregionalen Konkurrenz ausgesetzt. In der Prognose wird trotzdem nur ein leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit unterstellt, weil die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen trotz der Finanzierungsprobleme vermutlich nicht gekürzt, sondern sogar nochmals leicht aufgestockt werden dürften. Eine Besserungstendenz auf dem Arbeitsmarkt erwarten wir erst im späteren Verlauf des Jahres 1993.

Summary

Federal Republic of Germany: Distributional Conflicts Restrict Growth

Western Germany: Economic Activity Still Weak

In western Germany economic activity continued to be weak during the first half of 1992. The noticeable increase of real GDP of about 6 p.c. in the first quarter was mainly due to special factors. The mild weather stimulated output in the construction sector. In the manufacturing sector firms tried to compensate for a low level of output in December 1991 due to an unusually high number of holidays. In addition, many companies built up stocks in fear of a strike. In the second quarter overall output probably declined somewhat, mainly due to the dampening effects of monetary and fiscal policy. The 11-day-strike in the public sector contributed to a lower level of production. The weakness of economic activity worsened the situation on the labor market. Unemployment which had stagnated last year increased perceptibly while employment growth almost came to a halt in spring 1992. On a year-over-year basis, the rise of consumer prices was in the order of 4.5 p.c. in the second quarter.

Eastern Germany: Production Down Again

In the five new federal states the expected upswing has as yet not materialized. Data on production and turnover in the manufacturing sector for the first quarter of 1992 indicate a lower level relative to both the pre-year period and the second half of 1991. However, production expanded in construction and in the trade and services sector. Real GDP in the first quarter of 1992 was probably slightly lower than a year ago.

The labor market situation seems to have improved at first sight; the number of unemployed decreased markedly since the hike at the beginning of this year and the number of short-time workers dropped as well. In addition to seasonal factors this is mainly due to an expansion of public labor market schemes. The number of persons participating in public work programs, retraining and early

retirement schemes climbed from 1 million in mid 1991 to 1.7 million in May 1992. Consumer prices exceeded the previous year's level by about 14 p.c. in April. The strong increase reflects the reduction of subsidies for public transport systems and energy as well as the rise of rents in the second half of 1991.

Distributional Conflicts: Retarding Effects for the Recovery in the West – Impediments for the Reconstruction in the East

Most of the massive transfers flowing from west Germany to east Germany are not used to enhance or improve the production capacity but to support private incomes, to subsidize uncompetitive companies or to finance labor market schemes. Public transfers mainly used for consumptive purposes and the quick ascent of east German wages to the west German level delay the restructuring of the east German economy.

The financing of additional public expenditures linked with the unification continues to cause conflicts. Up to now the expansion in public spending has been financed mainly by an increase of the public sector's debt and by raising taxes. This has contributed to excessive wage increases as well as to high interest rates. In the view of the Deutsche Bundesbank both the wage settlements and the large budget deficits jeopardize price stability. As a consequence short-term interest rates are kept at a high level which dampens domestic expenditure. Due to the anchor function of the DM within the EMS they also suppress economic activity in western Europe at large. A moderation of wage increases and a freeze of the expansion of real public expenditures are urgently required to allow monetary policy to ease its stance somewhat.

Western Germany: Weakness of Economic Activity Continues in 1993

The course of economic policy indicates that economic activity continues to be weak until mid-1993. Monetary policy will presumably stay tight in summer 1992, cautious base rate cuts are not expected before autumn this year. Demand may temporarily be stimulated by the phasing out of the solidarity-income-tax-surcharge in mid-1992, but the rise of the value added tax and of some social security contributions in 1993 will have a dampening effect. The world economy will hardly gain momentum this year. In western Europe, Germany's most important export market, a recovery is retarded by the tight stance of German monetary policy. Demand from abroad is not expected to pick up before 1993. Wage rises are likely to continue to put pressure on profits next year. This will induce many companies to increase productivity by laying off workers. All in all, economic activity is likely to remain weak until the middle of the next year.

The predicted slight rise of real GDP of about 1 p.c. in 1992 is mainly due to special factors, i.e. 1.4 p.c. more working days than in 1991 and the phasing out of the income tax surcharge. In the second part of 1993 economic growth will presumably recover; for the year as a whole the increase in real GDP in 1993 (1.5 p.c.) will be only slightly higher than this year.

The combination of strongly rising wages and a weak expansion of demand is likely to prevent employment from rising. As the labor supply continues to increase, although at a more moderate pace, the number of unemployed will go up markedly this year as well as next year. In 1992 the rate of inflation will be almost 4. p.c. We expect inflation to decelerate in 1993. However, as higher taxes on consumption become effective the decline will amount to only half a percentage point.

Eastern Germany: Production Picks Up Slowly With No Relief for the Labor Market

Notwithstanding the overall decline of economic activity distinct progress has been made in many sectors with respect to the restructuring of companies in the new federal states. The number of privatized firms has increased rapidly until recently. The major impediments for a broad-based upswing are the high wage pressure and the manifold obstacles for private investors.

The privatization of firms and the creation of new companies will contribute to a noticeable expansion of aggregate output in the five new federal states in the second half of 1992. Many new companies are currently still in the stage of erecting new production facilities or restructuring and modernizing existing ones. In the course of the year production will begin in many cases. Therefore a gradual improvement in the industrial sector can be expected. In addition, the marked expansion of output in services and construction is set to continue. All in all, a rise of real GDP by about 6 p.c. for 1992 is expected; next year the growth rate is likely to amount to about 10 p.c. Owing to higher commuter incomes, the expansion of real GNP will be 3 percentage-points higher than the increase in real GDP this year; next year the growth rates of GNP and GDP will be similar as the number of commuters is likely to stagnate.

In spite of the rise of production which is expected to start in the second half of 1992, employment will continue to decline. High wage increases will induce further labor shedding and new production facilities will be highly capital-intensive. As a consequence, only relatively few jobs will be created. Nevertheless only a slight rise of unemployment is assumed in this forecast, because we expect the government's labor market schemes to be extended. We consider an improvement in the labor market likely only in the later course of 1993.

Literaturverzeichnis

- BESSIN, Stefanie, Malte FISCHER, Klaus-Jürgen GERN, Eckhard NITSCHKE, Klaus-Werner SCHATZ, Peter TRAPP, „Mäßiger Produktionsanstieg in den Industrieländern“, in diesem Heft.
 DEREGULIERUNGSKOMMISSION, Marktöffnung und Wettbewerb. Stuttgart 1991.
 LANGFELDT, Enno, Joachim SCHEIDE, Peter TRAPP, „The Case for Money Supply Rules“. In: Peter BERNHOLZ (Hrsg.), Geld und Währung, Mai 1989, Vol. 5, Nr. 2/3.
 LEHMENT, Harmen, „Zum Zusammenhang zwischen Geldmenge und Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik Deutschland“, in diesem Heft.
 STATISTISCHES BUNDESAMT (1992a), Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1950 bis 1991. Arbeitsunterlage, März 1992.
 – (1992b), Wirtschaft und Statistik. Stuttgart 1992, H. 3.